

Positionspapier

Palästina, Israel und Mittelost 2021

des Sprecher:innenrates des Bundesarbeitskreises Gerechter Frieden in Nahost der LINKEN

9. Februar 2021

Die Anerkennung Israels durch die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Bahrain, gefolgt von Sudan und Marokko, wird in hiesigen Medien, aber auch von relevanten Teilen der Partei, als großer Schritt zum Frieden in einer von Kriegen und Krisen gebeutelten Region rezipiert. Mit Jordanien und Ägypten haben nunmehr sechs Mitgliedstaaten der Arabischen Liga Israel als Partner anerkannt, was die Feindschaft und Kriegsgefahr in der Region mindern und endlich zu gewaltfreier Kohabitation führen könnte, so die Darstellung.

Ein zweiter, genauere Blick aber stimmt deutlich pessimistischer. Und zwar sowohl in Hinblick auf die Chancen auf Frieden im Nahen und Mittleren Osten, als auch auf die Durchsetzung internationalen Rechts, der eine Partei wie DIE LINKE, die sich selbst als „Partei des Völkerrechts“ definiert, höchste Priorität einräumen muss, und die seit Jahrzehnten als Voraussetzung für eine Befriedung der Region gilt:

- Schon seit Jahren bestehen Kontakte und Kooperationen zwischen Israel und Staaten der Region, insbesondere mit den Golfstaaten. Hauptgrund dafür ist der gemeinsame Hass auf den Iran und das Ziel, einen militärischen Konflikt zwischen Washington und Teheran zu provozieren. Wie eine solche Ausgangslage zu mehr Frieden führen sollte (und es ja in der Vergangenheit auch nicht getan hat), erschließt sich nicht. Dies gilt ganz besonders, weil es sich bei den jüngst mit Israel „Frieden“ schließenden Ländern um Staaten handelt, die noch nie in einen direkten militärischen Konflikt mit dem 1948 gegründeten Staat involviert waren.
- Die von Donald Trump und seiner Administration vermittelten Verträge sind an eine erhebliche Aufrüstung der Region geknüpft und erhöhen die Gefahr eines Kriegs gegen Iran deutlich. So wurden den VAE von der Trump-Administration bis zu 50 Stealth-Fighter (F 35A) mit einem Auftragswert von über 20 Mrd. US \$ zugesagt – das perfekte Angriffsflugzeug. Die israelische Armee verfügt bereits über zwei Geschwader dieses Flugzeugtyps. Die schon seit Jahren existierende Rüstungs- und Militärkooperation zwischen Israel und den VAE wird offiziellisiert und weiter vorangetrieben. Die VAE sind neben Saudi-Arabien das am höchsten gerüstete Land am Golf. Gemeinsam mit Israel entsteht hier eine geballte Militärmacht, die Iran zerstören könnte – und ihn gleichzeitig zur Beschleunigung seines Nuklearprogramms antreibt.
- Israel koalitiert mit den reaktionärsten Staaten am Golf: Die Bevölkerung der VAE besteht zu 90% aus rechtlosen migrantischen Arbeitssklav:innen, die mehrheitlich schiitische bahrainische Bevölkerung wird von einem sunnitischen Herrscherhaus massiv unterdrückt und entrechtet. Die Machthaber konnten während des „Arabischen Frühlings“ nur mit Hilfe saudischer Panzer gerettet werden. Vor allem aber sind beide Länder als Teil der von Saudi-Arabien angeführten Kriegskoalition gegen den Jemen

verantwortlich für den seit nunmehr fast sechs Jahren währenden, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen das bitterarme Land und für die Verursachung der laut den Vereinten Nationen „größten humanitären Katastrophe unserer Zeit“. 80 Prozent der jemenitischen Bevölkerung sind inzwischen auf humanitäre Hilfe angewiesen, alle zehn Minuten stirbt ein Kind. Weit über die Hälfte der Gesundheitseinrichtungen des Landes sind den Bomben zum Opfer gefallen.

- Die Zustimmung des Sudan zu einem Abkommen mit Israel wurde erkaufte mit der Streichung des Landes von der US-Terrorliste, was zugleich Voraussetzung für ein Ende der für das Land existenzbedrohenden Sanktionen war. Einen besonderen Coup landeten die USA und das Königreich Marokko: Nicht nur wird die Jahrzehnte alte, enge geheimdienstliche Zusammenarbeit zwischen Marokko und Israel nun offiziell bekräftigt. Marokko erhält zudem von den USA milliardenschwere Waffenlieferungen, vor allem Drohnen. Last but not least erkennen die USA als erster und einziger Staat der Welt die völkerrechtswidrige Annexion der früheren spanischen Kolonie Westsahara an. Diese Anerkennung war wohl der Preis, den Marokko für den „Friedensschluss“ gefordert hat – mit Palästina hat das wenig zu tun, zumal Rabat erklärt hat, in Israel keine Botschaft eröffnen zu wollen.
- Die Mehrheit der Bevölkerungen in den „Frieden“ mit Israel schließenden Staaten lehnt die Abkommen ab. Auch das ist keine besonders solide Basis für Frieden in der Region und sagt einiges darüber aus, dass die Herrschenden ganz andere Ziele verfolgen.
- Die völkerrechtlich verbriefte Schaffung einer Staatlichkeit für die Palästinenser:innen wird ausgeblendet. Es ist eine Illusion zu glauben, die VAE wollten irgendeinen Einfluss auf Israel zugunsten einer völkerrechtskonformen Lösung der Palästinafrage ausüben: Das haben sie schon zuvor nie getan, jetzt geht es ganz offen um massive Militär- und Wirtschaftskooperation. Zwar verzichtet Israel in den Dokumenten zumindest vorerst auf die zuvor angekündigte Annexion der im Krieg von 1967 besetzten Gebiete, de facto geht diese jedoch weiter durch fast tägliche Vertreibungen, Häuserzerstörungen, die Erweiterung von Siedlungsbauten und die Legalisierung von zuvor auch von Israel als illegal bezeichneten Siedlungen. Keiner der „neuen“ Verbündeten stellt sich gegen diese völkerrechtlichen Verbrechen. Jener wie ein Mantra seit Jahrzehnten beschworenen Zweistaatenlösung wird somit durch das Verschwinden eines Territoriums für den palästinensischen Staat die Basis entzogen, die Palästinafrage als Kernproblem in der Region bleibt ungelöst.

Fazit:

„Zwischen dem Schwachen und dem Starken ist es die Freiheit, die unterdrückt, und das Gesetz, das befreit.“ (Jean-Baptiste Henri Lacordaire)

Wird das Völkerrecht weiter ausgehebelt, werden staatliche Willkürakte zum Normalfall, dann wird dem Faustrecht Tür und Tor geöffnet. Dies gilt selbstverständlich auch für die Brüche internationalen Rechts in Zusammenhang mit den zwischen Israel und Staaten der Region geschlossenen Verträgen.

Auch darf nicht über die offensichtlichen Gefahren hinweggesehen werden: Eine der explosivsten Regionen der Welt wird in extremer Weise hochgerüstet, die neuen Rüstungsgüter laden geradezu zur Kriegführung ein. Die Rückkehr der USA zu dem von der Trump-Administration aufgekündigten Atomvertrag wird in dieser Situation immer unwahrscheinlicher, die

bereits im Gang befindliche atomare Aufrüstung Ägyptens und Saudi-Arabiens wird weiter befördert. Krieg – auch unter Einsatz von Atomwaffen – wird wahrscheinlicher.

DIE LINKE als Partei des Völkerrechts darf in Ihrer Politik von der Forderung nach Umsetzung internationalen Rechts nicht abweichen. Nur auf dieser Grundlage werden all Ihre berechtigten Forderungen nach Friedensschlüssen und diplomatischer Einigung von Erfolg sein. Stellt sie ihr Selbstverständnis als Friedenspartei und Partei des Völkerrechts in Frage, macht sie sich überflüssig.

Wir sind deshalb der Meinung, dass eine völkerrechtskonforme Lösung der Palästinafrage als der zentralen Ursache für die Konfliktbeladenheit der Region unabdingbar ist. Dies gilt in gleichem Maße für die Westsaharafrage, die erst durch den „Deal“ von Donald Trump mit dem Nahostkonflikt verbunden worden ist. Ein entscheidender Schritt zur Lösung der Palästinafrage wäre eine formale Erklärung Israels zur Anerkennung eines palästinensischen Staates oder alternativ die Gewährung gleicher Rechte für alle in Israel und in den besetzten Gebieten lebenden Palästinenser:innen. Mehr Frieden für die Region ist nicht zu erreichen durch Militärkooperation und forcierte Hochrüstung, sondern durch die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Nah- und Mittelost und die sofortige Beendigung von Wirtschaftssanktionen, die unendliches Leid hervorrufen und unter denen eben nicht in erster Linie Menschenrechtsverletzer und Kriegsverbrecher leiden, sondern die Bevölkerung.

Dieses Selbstverständnis der Partei DIE LINKE als Partei des Völkerrechts bedeutet insbesondere auch das konsequente Eintreten für

- *Die sofortige diplomatische Anerkennung des Staates Palästina auf völkerrechtlichen Grundlagen, also in den Grenzen von 1967 und mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt*
Diese Forderung, die bereits seit langem Position der LINKEN ist, muss bedingungslos gelten anstatt konditioniert zu werden – wie in dem Bundestagsantrag der Fraktion vom 30.6.2020.
- *Die sofortige Aufhebung der Gaza-Blockade*
Der Deutsche Bundestag hat bereits im Juni 2010 einstimmig beschlossen, „die Forderung der EU nach einer sofortigen Aufhebung der Gaza-Blockade mit Nachdruck zu unterstützen“. Eine im Jahr 2014 geschlossene Vereinbarung zwischen UN, Israel und PA kam jedoch eher einer Legitimierung und Verschärfung der Blockade gleich. Angesichts der zunehmend unerträglicheren Situation in Gaza muss diese Forderung vehement vertreten werden.
- *Die Einstellung des Handels mit Rüstungsgütern und der Zusammenarbeit von Streitkräften mit allen am israelisch-palästinensischen Konflikt direkt beteiligten Ländern des Nahen Ostens*
- *Die zeitweilige und bedingte Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens mit Israel*
Die Aussetzung sollte solange erfolgen bis Israel die in Artikel 2 eindeutig benannten Voraussetzungen aller Vertragspartner zur Einhaltung der Menschenrechte und des Völkerrechts und damit zur Beendigung der Besatzung und vollständigen Aufhebung der Blockade Gazas erfüllt.

Der „Bundesarbeitskreis Gerechter Frieden in Nahost“ ist bei der „Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationale Politik“ angesiedelt. Er hat sich im Januar 2011 bundesweit aus Mitgliedern der LINKEN sowie Sympathisant:innen formiert.